

# Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,  
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Müldersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Müldersdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an  
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne  
Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband  
1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Zeile 40 Pfg.

Nummer 2.

Berlin, den 10. Januar 1909.

10. Jahrgang.

## Inhaltsverzeichnis.

**Wirtschaftliche Ausblicke.** — Heißame Lehren. — Eine Aufgabe in der Winteragitation. — Rundschau: Nützlichkeiten der Bauunternehmer im Saarrevier. Nochmals Gewerkschaftsbeiträge und neue Steuern. Vom Kampf der Partei gegen die Gewerkschaftsbeamten. Verlogenheiten der sozialdemokratischen „Vergewaltigung“. Die ungarische Regierung. Verhaftung amerikanischer Arbeiterführer. — **Wirtschaftliche Bewegung.** — **Verbandsnachrichten:** Hamm i. W. Düsseldorf. Guttstadt, Ostpr. Königsberg i. Pr. Niederlein. Nordbergy. Simpfeld. Bezirk Breslau. — **Volkswirtschaftliches und Soziales.** — **Von den Arbeitsstellen.** — **Literarisches.** — **Streikbrechungen.** — **Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.** — **Bekanntmachungen.** — **Veranstaltungskalender.** — **Anzeigen.**

## Wirtschaftliche Ausblicke.

Wird das Wirtschaftsjahr 1909 uns die erhoffte Wiederbelebung von Handel und Industrie bringen? Diese Frage dürfte gegenwärtig nicht nur von jedem Volkswirtschaftler, sondern vor allem auch von den von der wirtschaftlichen Niederlage am härtesten betroffenen Arbeitern gestellt werden. Da ist es von Interesse, Urteile von solchen Sachverständigen zu vernahmen, die an der Spitze großer industrieller Unternehmungen oder Banken stehen, mithin einen ziemlich weiten Blick über unser Wirtschaftsleben besitzen. Das „Berliner Tageblatt“ hat eine diesbezügliche Rundfrage an eine Reihe solcher Männer gestellt, deren Beantwortung Beachtung verdient.

Geheimer Kommerzienrat Arnold, Chef der Firma Caspar Wollheim, ist nicht der Ansicht, daß das deutsche Wirtschaftsleben sich in einem Zustande trostloser Depression befindet. Er schließt das nicht aus der nach wie vor günstigen Lage der oberschlesischen Kohlenindustrie.

Die rechtliche und zu guten Preisen verwertbare deutsche Getreideernte wird dem inländischen Markt, namentlich dem wirtschaftlich schwächeren Osten, einen reichen Kapitalzufluß bringen und die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung stärken. Unser Exporthandel hat besser als derjenige der konkurrierenden Industriestaaten seinen Absatz auf dem Weltmarkt zu erhalten verstanden; zahlreiche neue und ausstehende überseeische Verbindungen sind unter dem Druck des verminderten innerdeutschen Absatzes angeknüpft worden. Die für unser Wirtschaftsleben besonders wichtige Autarkie mit den vielen von ihr abhängigen Gewerbebezügen muß nach so lange geübter Beschränkung unter dem Anreiz billigen Geldes, wohlfeiler Materialpreise, auch wohl geringerer Löhne eine Belebung erfahren. Auch der Inlandkonsum, der lange Zeit vorwiegend von der Hand in den Mund gelebt hat, zeigt in manchen Branchen eine unverkennbare Wiederbelebung. Selbst in der besonders leidenden Eisenindustrie ist in letzter Zeit eine etwas größere Regierbarkeit wahrnehmbar; die bisherige Zurückhaltung der Käufer scheint der Einsicht Platz zu machen, daß die stark gestiegenen Preise kaum noch unterboten werden können und einen spektakulären Anreiz bieten. Mit einer gesteigerten Tätigkeit der Schwerindustrie aber wird Hand in Hand eine Gesundung des rheinisch-westfälischen Kohlenmarktes gehen. Man darf bei Beurteilung der ganzen Lage auch nicht übersehen, daß die vorangegangenen ungewöhnlich günstigen Jahre mit ihrer geradezu gewaltigen Steigerung der Umsätze den Blick für das, was als normaler Geschäftsgang zu gelten hat, einigermassen getrübt haben; oftmals werden unter diesem Eindruck Abschwächungen schon als kritisch angesehen, welche nur die natürliche Reaktion gegenüber einer vorangegangenen zu lebhaften Aufwärtsbewegung darstellen.

Er schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß wenn das Jahr 1909 auch kein glänzendes zu werden vermag, doch jedenfalls die rückläufige Bewegung ihren Abschluß gefunden habe.

Der Direktor der Nationalbank, Geh. Kommerzienrat Witting, konstatiert zunächst, daß die deutsche Bankwelt mit dem abgelaufenen Geschäftsjahre zufrieden sein könne. Es liege jedoch ein Jahr ernsthafter Depression hinter uns.

„Gewiß sind — das muß man immer wieder betonen — die Grundlagen unseres ökonomischen Lebens gesund, aber es gibt doch zu bedenken, daß trotz eines zeitweiligen ungewöhnlich flüssigen Geldstandes die Belebung des Geschäftes keine rechten Fortschritte machen, der Unternehmungsgeist unserer Kaufleute und Industriellen immer noch nicht recht wieder erwachen will. Es beweist das neben manchen anderen Anzeichen, daß unser Vorwärtsgang in dem vergangenen Rhythmus der Hochkonjunktur zu stürmisch gewesen und daß man die richtige diagonale, zwischen Kapitalverwertung und Kapitalverbrauch nicht immer zu finden verstanden hat. Und das soll und muß uns denn auch eine Lehre für die kommenden Jahre sein, nicht in zielloser Expansion, nicht in unermüdlicher Jagd nach Geschäften liegt das Ziel, und das amerikanische Wirtschaftsleben darf uns mit unsrer so ganz anders gearteten Verhältnisse nicht als Vorbild dienen. Vielmehr muß weise Beschränkung, kritische Selbstsucht alle tenten, die im Wirtschaftsleben stehen, besonders die führenden Persönlichkeiten und Korporationen. Mit eiserner Strenge müssen vor allem die verantwortlichen Leiter unseres Finanzwesens darüber wachen, daß endlich einmal in Staat und Kommunen die unverantwortliche Vorgewaltigkeit aufhört, die unsern Kredit gefährdet und eine dauernde Gesundung unserer Volkswirtschaft verhindert.“

Konrad Gutmann, Direktor der Dresdner Bank, kommt, nachdem er auf die Steigerung unseres Nationalvermögens, niedrigere Rohmaterialienpreise, größere Geldflüssigkeit

und Herabsetzung des Zinsfußes hingewiesen hat, zu der Meinung:

„Vorausgesetzt, daß politische Ereignisse nicht störend eingreifen — und ich bin nach wie vor der Meinung, daß insbesondere die orientalische Frage ihre friedliche Erledigung finden wird — darf man dem neuen Jahre hoffnungsvoll entgegensehen. Es berechtigt uns hierzu vor allem die Erwartung auf einen auch weiterhin flüssigen Geldmarkt, dem auch die Folgen der letzten vortrefflichen Ernte noch zugute kommen werden. Die stets wachsende Zunahme unserer Bevölkerung muß in kurzer Zeit eine Wiederbelebung der Bautätigkeit herbeiführen, womit auch das Signal für eine Wiederbelebung der Industrie gegeben sein wird. Gleichwohl werden wir uns in bezug auf die Bautätigkeit keinen übertriebenen Hoffnungen hingeben dürfen. Im allgemeinen kann man aber sagen, daß in unserer Zeit der großen Bevölkerungszunahme und der raschen Steigerung des Verkehrs die Epochen des Niederganges schneller überwunden werden, als es in früheren Jahren der Fall gewesen ist.“

In dem Aufhäufen größerer Lagerbestände innerhalb der Industrie erblickt der Geh. Kommerzienrat Dr. Soewe, Generaldirektor der Firma Loewe & Co., A.-G., keine Gefahr. In der Zeit der Hochkonjunktur konnte den Anforderungen des Bedarfs vielfach nicht entsprochen werden. Bei Wiedersteigerung des Bedarfs bilden die jetzt aufgehäuften Lager einen Ausgleich und können alsdann ungehindert Erscheinungen wie übergroße Beschleunigung in der Herstellung, übertriebene Materialpreise und Löhne vermieden werden.

Für welchen Zeitpunkt eine energische Belebung des Konsums zu erwarten ist, läßt sich schwer voraussagen. Es ist anzunehmen, daß der dauernd billige Geldstand doch schließlich dazu führen wird, daß die flüssigen Mittel in der Industrie Verwendung finden. Besonders wichtige Momente, die für die Belebung der Absatzverhältnisse in Frage kommen, sind die Entwicklung des Geschäftes in den Vereinigten Staaten von Amerika und die Entwicklung der Bautätigkeit in Deutschland. Es ist anzunehmen, daß von diesen beiden Faktoren eine Belebung des Geschäftes, wenn auch nicht in den nächsten Monaten, so doch in der zweiten Hälfte dieses Jahres zu erwarten ist, vorausgesetzt natürlich, daß die politischen Verwicklungen, die gegenwärtig auch noch sehr schwer auf Handel und Industrie lasten, gelöst werden, und wir zu ruhigen und gesunden internationalen Verhältnissen gelangen.“

Abhängig von der Erhaltung des Friedens erblickt Geh. Baurat Dr. Nathenau, Generaldirektor der A. G., in erster Linie unsere wirtschaftliche Zukunft. Schwere Gefahren erblickt er ebenfalls in der schwebenden Finanzreform, mit der Gas- und Elektrizitätssteuer. Die Meinungen der übrigen befragten Herren bewegen sich, von Spezialfragen abgesehen und der besonderen Lage einzelner Industrien, in gleichem Sinne. Allgemein gewinnt man den Eindruck, daß die rückläufige Konjunktur für überwinden betrachtet wird, für die Zukunft lassen sich aber bestimmte Voraussagen nicht machen. Von welcher Bedeutung das Baugewerbe für die Bessergestaltung der allgemeinen Wirtschaftslage ist, tritt ostentativ hervor. Immerhin macht sich ein gewisser Optimismus in diesen Antworten geltend, wovon man hoffen möchte, daß er in noch weit stärkerem Maße sich rechtfertigen möge. Von der glücklichen Lösung der Balkanwirren hängt zunächst das Wichtigste ab.

## Heißame Lehren?

Im Kampfe gegen die christlichen Gewerkschaften von seiten der katholischen Fachabteilungsrichtung bildet die Stellung der ersteren zur Selbsthilfe im Wirtschaftsleben einen festen Stein des Anstoßes. In vielfacher Variation hören wir da von „Streikorganisationen“, von einem „Streiksystem“, vom „Machtkampf“, vom „modernen Faustrecht“ als einer dauernden Institution“ und noch anderes mehr. Das in pathetischer Form in die Welt geschleudert, wird der geübten Selbsthilfe der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft ein ganz anderer Sinn untergeschoben, als diese ihr selbst zugesieht. Ihr handelt es sich nur um die Erringung einer gerechten Sache, wobei die Günst der Verhältnisse, Wert und Gegenwert für die zu bringenden Opfer einer mitunter jaft anglichen Prüfung unterworfen werden. Das wurde immer hervorgehoben und auf die gewaltigen Erfolge der organisierten Arbeiterschaft hingewiesen, bei den Fachabteilungsführern aber ohne Erfolg.

Auf die Frage nach einem anderen, und zwar nach einem besseren Wege zur Vertretung der Arbeiterinteressen, wie sich das in Konsequenz der gemachten Vorwürfe von selbst ergibt, antworten die Fachabteilungsleiter mit dem heroischen Hinweis, die Lohnfrage sei keine Machtkfrage, sondern eine Rechtsfrage, die auf gesetzlichem Wege ihre Regelung finden müßte. Da nun an eine derartige Regelung heute nicht zu denken ist, die Arbeiter aber momentane Hilfe verlangen, verweisen sie auf das „gütliche Vorgehen“, das mit der Zeit doch „erwischen“ müßte, und empfehlen zur Begründung ihrer Forderungen die Führung von Haushaltungsbüchern. Letzteres ist nichts Neues, die Haushaltungsbücher haben schon von Anfang der modernen Arbeiterbewegung an eine Rolle gespielt und haben schon manchem geführten „Machtkampf“ die Sympathie der öffentlichen Meinung eingetragen. Die Haushaltungsbücher haben also ihr Gutes, daß sie aber eine ent-

scheidende Wirkung auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ohne die Anwendung der Selbsthilfe hervorgerufen hätten, das kann kaum jemand behaupten. Sie sind eben nur eine der verschiedenen Waffen in dem Emanzipationskampfe der Arbeiter.

Nun wollen wir annehmen, daß ein wirklich ehrliches Bestreben bei den Fachabteilungsführern vorhanden ist, daß sie tatsächlich an ihre Sache glauben und von ihren Mitteln den gewollten Zweck erhoffen. Wir sagen das, weil es uns mitunter schwer wird, das zu glauben, und weil die tatsächlichen Verhältnisse in diesen Führern Männer sind, die sie nicht verstehen, Optimisten, die von den Kräften und Mächten unseres Wirtschaftslebens ganz eigenartige Vorstellungen haben müssen. Aber nehmen wir ihren guten Glauben an. Wie schwer muß sie da die Behandlungsweise der an den Verein für die bergbaulichen Interessen Niederschlesiens gemachten Eingabe treffen, die durch eine Indiskretion an die sozialdemokratische „Breslauer Volkswacht“ in die Öffentlichkeit gelangt ist! Aber gerade hierin zeigt sich die rauhe Wirklichkeit.

Der Verband der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) hat eine Eingabe an genannten Verein gemacht, mit dem Zweck, eine Verbesserung der minimalen Lohnverhältnisse der niederschlesischen Bergleute dadurch zu erreichen. Der Eingabe sind die Ergebnisse der geführten Haushaltungsbücher zugrunde gelegt, und zwar für je eine vier-, fünf- und sechsköpfige Familie. Der ermittelte Lohnbedarf beträgt bei einer Familie mit vier Personen wöchentlich 18,88 M oder 981,76 M im Jahr, bei einer Familie mit fünf Köpfen 26,00 M wöchentlich oder 1352,00 M im Jahr, und bei einer solchen mit sechs Personen wöchentlich 29,35 M oder 1526,20 M im Jahr. Nun offenbart sich in dieser Differenzierung schon eine große Naivität, denn wir haben heute keine Lohnzahlung nach den sozialen Gesichtspunkten, wie sie aus dieser Eingabe gefolgert werden muß, nach der Stärke der Familien, sondern nach dem Quantum der Arbeit allgemein gesprochen. Welche Behandlung hat nun diese Eingabe erfahren?

Der Niederschlesische bergbauliche Verein hat sich auch eine Vertrauensperson gesucht, und sie in dem Hauer Joseph Leppelt auf den Fürstensteiner Gruben gefunden. Dieser Leppelt hat ebenfalls ein Haushaltungsbuch geführt, jedenfalls im Auftrage der Grubenverwaltung. Er „beweist“ nun, daß eine Familie von neun Personen mit 23,20 M wöchentlich oder 1206,40 M im Jahr auskommen kann. Wie blutiger Hohn liegt sich dabei, daß seine neunköpfige Familie für Miete und Steuern wöchentlich 1,69 M oder 87,88 M im Jahr, und für Kleidung, Wäsche und Schuhe 1,53 M wöchentlich oder 79,56 M im Jahr verausgabt. Bei Angabe solcher Zahlen wird man unwillkürlich an die oft geschilderten sittlichen Zustände innerhalb der schlesischen Arbeiterschaft erinnert. Jedenfalls aber erscheint dieser „Rechenmeister“ den Grubenherren als ein Musterarbeiter, und wird er als durchaus vertrauenswürdig hingestellt, der über seine Ausgaben genau Buch führt. Und nun kommt das Entscheidende: Die Eingabe der katholischen Arbeitervereine wird als unzuverlässig bezeichnet, sie sei vielfach übertrieben und sei ihr aus dem Grund kein allzu hoher Wert beizumessen. Die Grubenherren stellen dabei Vergleiche an, die den Menschen, vor allem den Arbeiter aufs äußerste reizen, ja erbittern müssen. Es heißt dann zum Schluß:

„Die Verammlung stimmte dem Vorliegenden darin (der Unzuverlässigkeit der Eingabe usw.) zu, hielt den Zeitpunkt für ein näheres Eingehen auf die Angelegenheit für nicht geeignet und nahm das eingegangene Material zur Kenntnis.“

Damit ist die Angelegenheit für die Grubenherren erledigt. Bei dieser Gelegenheit verweisen wir auf die oberschlesischen Grubenbesitzer, die auf eine Eingabe des „Berliner“ Arbeitersekretärs Mustiol in Königsbütte, in der um Aufhebung der schwarzen Liste gebeten wurde, im August 1907 antworteten, sie verhandelten nur mit den Arbeitern selbst und seien daher nicht in der Lage, auf seine Ausführungen einzugehen. Punktum.

Was folgern wir nun aus diesem Vorgehen der Grubenbesitzer und dem Verband der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) bz. der Fachabteilungen? Daß die Eingabe überhaupt gemacht wurde, beweist, daß die augenblicklichen Verhältnisse unzulängliche sind und dringend der Verbesserung bedürfen. Geschieht das nicht, ist materielles Elend unausbleiblich, daraus entstehen, das ungeheure sittliche Elend, schlechte Wohnungen und Kleidung, schlechte Ernährung, geistige Verkümmern usw. Die Arbeitgeber geben das jedoch nicht zu, suchen sich vielmehr einen billigen Pöbel, der Zweifel sowohl in die Einzelsummen wie in die Endsummen durch seine Aufstellungen trägt, und gehen auf Grund dieser zur Tagesordnung über das Ganze über. Das ist bequem und billig, und gewinnt man damit auch vor der Öffentlichkeit noch einen Schein von Recht. Was nun in dieser unerquicklichen Situation tun? Für das als Gerechtigkeitsgefühl eintreten, einfach das letzte Mittel

ergreifen und die Arbeit verweigern, oder das große sittliche Elend weiter bestehen lassen. Es dürfte da nicht schwer fallen zu entscheiden. Die Fachabteilungen tun das nicht, was sollen sie da aber für den Arbeiter für einen Zweck haben? Keinen.

Könnte die Haltung der Grubenbesitzer eine andere sein? Ja das könnte sie schon, aber sie wollen nicht. Anders würde es sein, wenn eine organisierte Masse ihnen gegenüberstände, von der vorausgesetzt werden muß, daß sie bereit ist, auch zum letzten Mittel, zum Streik zu greifen. Dann beginnen auch die Arbeitgeber Rechnungen von Wert und Gegenwert aufzustellen, und da werden Konzessionen eher möglich sein. Geradezu demütigend ist vorgezeichnete Behandlung der „Berliner“ Eingabe. Kein Wort davon, ob die Grubenbesitzer auf Grund ihrer Verdienste in der Lage seien, einen höheren Lohn zu bewilligen, sondern nur darüber, wie der arme Teufel von Arbeiter sein Leben am billigsten und jämmerlichsten durchschlägt. Man begreift die teuflische Freude der sozialdemokratischen Presse über diesen „Fall“. Werden die Führer der Fachabteilungen diese neue Lehre über die Verteiltheit ihrer Ideen einsehen? Wir wagen's kaum zu glauben. Zuversichtlich aber hoffen wir, daß die Mitglieder der Fachabteilungen zu der Erkenntnis kommen, daß ihr heutiges Tun nur Zeit- und Kräfteverschwendung ist.

### Eine Aufgabe in der Winteragitation.

Eine regelmäßig wiederkehrende Klage ist, daß eine Anzahl unserer Mitglieder, die mit dem Beginn des Winters ihre Arbeitsstelle in den Industriegebieten mit dem Aufenthalt in der Heimat wechseln, abreisen, ohne ihre satzungsgemäßen Pflichten zu erfüllen. Sie reisen ab, ohne sich abzumelden und ihre restierenden Beiträge zu entrichten. Der Grund für dieses Verhalten ist entweder Bequemlichkeit, der Vorherrsche woher zu weit ab, oder Gleichgültigkeit, man hält es einfach nicht für notwendig, sich abzumelden. Bei den meisten ist jedoch die Beitragsfrage entscheidend, sie möchten sich von diesen drücken. Das gelingt ja nun nicht immer, mitunter müssen sie nach Monaten noch nachgezahlt werden, aber versucht wird es doch. Reist man im kommenden Frühjahr nicht an die alte Arbeitsstelle zurück, läßt man sich an der neuen nicht annehmen, das ist ja mit 50 Pf. gemacht. Klug ist das ja keineswegs, denn neben der allgemeinen Schädigung werden doch auch die in der Organisation erworbenen persönlichen Rechte beeinträchtigt. Das ist aber bei der Kurzfristigkeit dieser Kollegen nicht ausschlaggebend, sie wollen vor der Hand mal ihr Geld behalten.

Das bedeutet einen großen Mißstand, unter dem hauptsächlich die örtliche Geschäftsführung zu leiden hat. Die Führung der Mitgliederliste ist erschwert, mitunter nahezu unmöglich. Notwendige Aktionen, wo an den einzelnen persönlich, auch an die Abgereisten herangetreten werden muß, werden dadurch stark behindert, es fehlt überhaupt die innere Geschlossenheit. Am meisten aber leidet darunter eine geordnete Kassenführung. Wir haben daher alle Veranlassung dahin zu wirken, daß dieser Uebelstand beseitigt wird. Im Interesse der Ordnung und der Disziplin drängt das um so mehr, es dürfte das auch der Fluktuation der Mitglieder entgegenwirken.

Ein Uebel beseitigen heißt dessen Ursachen erkennen, und die liegen hier zunächst im mangelnden Pflichtbewußtsein. Der Zweck und Sinn der Organisation ist bei diesen Kollegen in der Tat unverständlich geblieben, zum mindesten ist der persönliche Eigenmut stärker als wie das Interesse am Wohlbestehen der Allgemeinheit. Darin offenbart sich, welche Arbeit noch zu leisten ist, um das mangelnde Verständnis auf jene Höhe zu bringen, die derartige ausschließt. Um das zu erreichen, dürfte etwas weniger Jagdsucht bei manchem, im übrigen pflichttreuen Kollegen im Vorgehen gegen dieses Uebel am Platze sein. Manche Kollegen sind, wie man zu sagen pflegt, viel zu gut, sie können selbst dann nicht energisch gegen eine Person aufzutreten, wenn diese sich einer Pflichtvergeßlichkeit schuldig macht und dadurch die Allgemeinheit schädigt. Ein energisches Auftreten in solchen Fällen wird immer zur Gewissenssicherung beitragen. Innere Ueberzeugungstätigkeit ist also das erste; wer den Zweck der Organisation erkannt hat, wird es auch mit seiner Pflichterfüllung ernst nehmen. Bis es dahin gekommen ist, werden immer Zwangsmittel moralischer und materieller Natur in Anwendung gebracht werden. Wer an den Erfolgen der Organisation teilnimmt, soll auch zu deren Opfern bereit sein. Das ist durchaus verständlich und auch zu billigen. Wenigstens so lange, als eine Organisation nicht gegen sittliche Interessen und die der Allgemeinheit verstößt.

Die Wege, die zu diesem Ziele führen, sind allgemein bekannt, so daß ich nicht mehr darauf eingehen brauche. Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, bemerke ich, daß eine Art von Terrorismus, wie Drohlosmachung etc., mir hierbei nicht vorzuziehen ist. Die allgemein geliebte Kontrolle meine ich, und diese gilt es noch etwas zu erweitern. Sie soll hauptsächlich dazu beitragen, die eingangs bezeichneten Mißstände zu beseitigen. Nachdem nunmehr sämtliche Kollegen in der Heimat wirken, muß in den einzelnen Orten eine gründliche Bücherrevision vorgenommen werden. Das ist ohne größere Mühe durchführbar und dürfte eine heilsame Wirkung für die Zukunft ausüben. Wie sie vorgenommen wird, möchte sich nach den jeweiligen örtlichen Verhältnissen richten, entweder in einer Mitglieder-Versammlung, oder durch Ein sammeln sämtlicher Bücher durch gewählte Vertrauensleute. Das Resultat möchte alsdann in einer Versammlung bekanntgegeben werden, und zwar dahingehend, wer und wieviel mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, und wer sich nicht ordnungsmäßig abgemeldet hat. Das Verfaulene muß alsdann nachgeholt und die rückständigen Beiträge eingetrieben werden, selbstverständlich in der gleichen Höhe wie an dem Ort, wo der Beitragsende in Arbeit gehalten hat. Wird die Kontrolle mit aller Gründlichkeit durchgeführt, dürfte sich bald eine Besserung bemerkbar machen. Ein ich doch der Ueberzeugung, daß manchem Kollegen beim Lesen dieser Zeilen etwas ungemütlich wird. Das habe ich nicht die Absicht, es zu machen, auf dieses muß ich nicht eingehen, was der Zweck meiner Zeilen ist. Das Schlimme ist, daß es nachteilig wirkt. Auf dieses muß ich nicht eingehen, was der Zweck meiner Zeilen ist. Das Schlimme ist, daß es nachteilig wirkt. Auf dieses muß ich nicht eingehen, was der Zweck meiner Zeilen ist.

ad, daß wir nicht nur unsere Pflicht kennen, sondern sie auch erfüllen. Möge das Gemeingut jedes, auch des letzten Mitgliedes werden. G. D. C.

### Rundschau.

**Rückstellungen der Bauunternehmer im Saarrevier.** In einem Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe und die verwandten Betriebe der Saar-Region an seine Mitglieder wird auf den Ablauf des jetzigen Vertrages hingewiesen und gesagt:

„Im Frühjahr 1909 läuft u. a. der Vertrag mit den Maurerorganisationen ab, so daß noch im Laufe des Winters neue Verhandlungen bevorstehen. Dieserhalb sowie auch im Interesse der Allgemeinheit machen wir nochmals auf die Streikklausel aufmerksam, wie solche durch Beschluß der vorjährigen Hauptversammlung festgelegt ist. Die Streikklausel hat folgenden Wortlaut: Eine Arbeitsniederlegung oder Aussperrung der Arbeitnehmer in einem für die Erfüllung des übernommenen Werkvertrages unmittelbar oder mittelbar erforderlichen Betriebe bewirkt die Verlängerung aller Fristen bz. Hinausschiebung aller Termine um die Dauer der Arbeitsniederlegung oder Aussperrung.“

Alsdann wird auf die Wichtigkeit der Streikklausel hingewiesen. Ohne dieselbe sei der Arbeitgeber, bei dem oft große Geldwerte und auch seine Existenz auf dem Spiel ständen, den Arbeitern vollständig ausgeliefert, die nur zu fordern wüßten, aber nichts zu verlieren hätten. Das sind faule Redensarten, weiter nichts. Ansonst müßte es überhaupt keine Bauunternehmer mehr geben, denn seither hatten sie doch auch keine Streikklausel. Im übrigen mögen unsere Mitglieder aus diesem Rundschreiben ersehen, in welchen Bahnen sich die Unternehmer bewegen, und auch ihrerseits die notwendigen Vorbereitungen treffen.

**Nochmals Gewerkschaftsbeiträge und neue Steuern.** Wie wir dem Wochenblatt „Der Postbote“ entnehmen, ließ sich in einer am 23. November in Arnsherg stattgefundenen Sitzung der Handelskammer für die Kreise Arnsherg, Brilon, Meschede der Syndikus Dr. Schientert zu vorstehendem wie folgt vernehmen:

„Es ist eine alte Lehre, daß große Beträge auf dem Wege der Steuererhebung nur zu erlangen sind, wenn auch die Massen dadurch in Mitleidenschaft gezogen werden; das sei in allem Maße gerechtfertigt, wenn es sich um Verbrauchsgegenstände handle, die nicht notwendige Lebensbedürfnisse seien, denen sich der einzelne durch Enthaltensamkeit entziehen könnte. Von diesem Standpunkt aus werde man die Absicht der Staatsregierung, die großen Verbrauchsgegenstände der Massen, Tabak, Bier und Branntwein, mehr zur Steuer heranzuziehen, im vollen Maße billigen können. Die Notwendigkeit, die minderbegüterten Klassen in steuerlicher Beziehung gewissermaßen als ein noli me tangere zu betrachten, sei aus entschiedenem zu bestreiten. Die Arbeiter geben ja selbst ein klassisches Beispiel für ihre Steuerkraft. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zahlten im Jahre 1907 durchschnittlich an ihre Gewerkschaft pro Kopf circa 47 M.; eine Leistung, die gegen 1891 das Vierfache bedeutete. Die Einnahmen der Gewerkschaften betrugen im Jahre 1907: 51 Millionen M., ihr Vermögen 33 Mill. Mark. Das haben die Arbeiter im Wege der Selbstbesteuerung aufgebracht. Soll man solche Volkstreu nicht zur Bestenung heranziehen? Vielleicht könnte das Standesbewußtsein in den Arbeitern nur erhöht werden, wenn sie zu der Ueberzeugung geführt werden, daß sie dem Staat gegenüber auch Pflichten auf dem Gebiet der Steuergesetzgebung zu erfüllen haben.“

Der letzte Satz ist, so fügt genanntes Blatt hinzu, völlig unbegreiflich. Haben denn die Arbeiter bisher keine Steuern bezahlt? Der letzte Groschen, den sie verdienen, wird ja vermöge des berücksichtigten § 23 zur Steuer herangezogen. Der Pflichten gegen den Staat weiß man sich in Arbeiterkreisen übrigens besser zu erinnern, als in den Kreisen von Bildung und Besitz, welche sich vermeintliche „Bedürfnisse“ angeedicht haben, die tausendmal eher eine härtere Belastung ertragen können, wie die Verbrauchsgegenstände der großen Masse: Tabak, Bier und Branntwein. Daß Herr Dr. Schientert die hohen Beiträge an die Gewerkschaften als Beweis anführt, daß beim Arbeiter noch stärker als bisher die Steuerkraft angezogen werden könne, ist wirklich lächerlich. Zunächst sind in dem Beitrag des Arbeiters an die Gewerkschaften Spargroschen enthalten, welche er in Fällen der Not als Unterstützung zu-rückerhält. Der übrige Teil des Beitrages ist als das Kapital anzusehen, welches der Arbeiter anlegt zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen und damit auch höherer Löhne. Gewiß wird den organisierten Arbeitern die Zahlung des Beitrages oft sehr schwer, aber er weiß, daß er zahlen muß, um sich und seinen Angehörigen eine einigermaßen anständige Existenz zu sichern. Er weiß, daß sich das Kapital, welches er in Gestalt von Beiträgen an die Gewerkschaften anlegt, gut verzinst.

**Vom Kampf der Partei gegen die Gewerkschaftsbeamten.** Die sozialdemokratische Neue Zeit hat wieder den Kriegspfad gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbeamten betreten. Diese erwarten — meint die „Neue Zeit“ — zuviel von der Gegenwartsarbeit der „Bewegung“, das Endziel aber ist ihnen zu wenig. Wortführer der Rechtgläubigen gegen die Gewerkschafts-Revisionsisten war in der „Neuen Zeit“ zuerst „Genosse“ Parvus; nachdem auch „Genosse“ Jodel sich ihm angeschlossen, ist die Gebuld der starklanghaarigen Gewerkschaftsbeamten gerissen, und der internationale Sekretär der Transportarbeiter, „Genosse“ Jochabe, antwortet nunmehr im gewerkschaftlichen Zentralorgan. Er fragt, was die neue Heße zu bedeuten habe, und erklärt sich die Sache folgendermaßen:

„Ist es die Lust am Ständemachen, ist es übergroßer Eifer einiger Zeilenschreiber, oder spielt Bosheit und Hinterlist eine Rolle dabei? Es wird wohl von allen hier genannten Eigenschaften ein Teil die Triebfeder des Angriffs auf die Gewerkschaftsbeamten bilden. Ueber den Zweck dieses Angriffs aber schreibt Jochabe: Die Änderung der Artikel von Parvus und Jodel

läuft darauf hinaus, die Gewerkschaftsbeamten zu isolieren, sie in den Augen der politisch und gewerkschaftlich organisierten Massen herabzuwürdigen, Konfliktsstoff und Beunruhigungen in die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen hineinzutragen, einen Gegensatz zwischen Partei- sowie Gewerkschaftsmitgliedern und Gewerkschaftsbeamten zu schaffen.

Das Organ der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften gibt seine Zustimmung zu Jochabes Ausführungen zu erkennen. Die Angriffe der „Neuen Zeit“ gegen die Gewerkschaftsbeamten haben also die seit dem Nürnberger Parteitage besonders gespannten Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaft abermals verschlechtert.

**Verlogenheiten der sozialdemokratischen „Bergarbeiterzeitung“.** In Nummer 52 der sozialdemokratischen „Bergarbeiterzeitung“ finden wir in einer Auseinandersetzung mit dem christlichen Bergarbeiterverband und der „Saarpost“ über den im letzten Frühjahr im Saargebiet ausgebrochenen Gipferstreik, der von unserem Verbands geföhrt wurde, folgende aus den Fingern gelogene Unwahrheiten:

„Als der Gipferstreik ausbrach, schalteten die Christen die freien Gewerkschaften aus, prahlten in der „Saarpost“, daß die Führung vom christlichen Bergarbeiterverbande übernommen worden sei und daß die 30-, 40-, 50-, 60- oder 100 000 Saarchristen hinter dem Gipfern ständen. Darauf hat Reimpeters geschrieben, daß unter solcher Konstellation die armen Gipfer ihren Kampf verloren hätten, noch ehe er begonnen habe, weil die Christen den Leuten nichts als Schimpfreden auf freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie bieten könnten, damit sei aber der Hunger der Streikenden und ihrer Kinder nicht gestillt. Wie geschrieben, traf es buchstäblich ein. Die Christen konnten keine Unterstützung zahlen. Der „Führer“ mußte sich vor der heterogenen Masse flüchten, der Streik ging elendig zugrunde. Reimpeters soll nun schuld an dem Verlust dieses Streiks sein, weil er den Arbeitern die Wahrheit voraussagte, nämlich, daß sie verraten seien, sobald sie sich von diesen Schaamschlägern einsangen ließen, wie ja auch die Bergleute betrogen sind, solange sie sich von Männern betören lassen, denen ihre Partei- und Glaubensgenossen öffentlich vorhalten, daß sie wider besseres Wissen die Unwahrheit sagen.“

Im dem Ganzen ist nur das eine wahr, daß Reimpeters durch seinen Artikel die Lage der streikenden Gipfer erschwert hat. Alles übrige sind blanke Unwahrheiten. Der Gipferstreik wurde von uns erfolgreich gegen eine Reihe von den Unternehmern gedachter Verschlechterungen geführt.

**Die ungarische Regierung schreitet auf dem Kriegspfade gegen die Gewerkschaften weiter.** Nämlich hat der Minister des Innern die 150 000 Mitglieder zählende Fachorganisation der Eisen- und Metallarbeiter für aufgehoben erklärt. Angeblich wegen statutenwidriger Umtriebe. Die ungarischen Organisationen beabsichtigen ob dieses neuen Gewaltzuges in den Generalstreik einzutreten.

**Bestrafung amerikanischer Arbeiterführer.** Wegen Mißachtung einer gerichtlichen Entscheidung in einem Prozesse, den die Bucks Stove and Range Company angestrengt hatte, wurden kürzlich Sam Compers, der Präsident des amerikanischen Arbeiterbundes, zu einem Jahr Gefängnis, der Vizepräsident Mitchell zu neun Monaten und der Sekretär Morrison zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der erwähnte Prozeß war veranlaßt worden durch die Aufnahme der Gesellschaft in die von der Arbeitersbundeszeitung veröffentlichte schwarze Liste und durch den infolge dieser Aufnahme eingetretenen Boykott der von der Gesellschaft erzeugten Herde und Wesen. Eine gerichtliche Aufforderung, den Namen der Gesellschaft nicht weiter in der schwarzen Liste zu veröffentlichen, war von dem Arbeiterbund unbeachtet geblieben. Hoffentlich geht man in Amerika ebenso scharf gegen die schwarzen Listen der Arbeitgebervereinigungen vor.

### Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: die Firma Benzen in Benrath b. Düsseldorf, die Firmen Wellauer in Caixrop, die Firma Evers in Neuenkirchen b. Rheine, wegen Nichterhaltung des Tarifvertrages. Bezug ist fernzuhalten.

### Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstag morgen für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

#### Dachbieder.

**Hamm i. W.** Seit dem Jahre 1905 besteht hier eine Zelle der christlich organisierten Dachbieder. Die Lebensfähigkeit derselben, sowie der Opferrinn und Ueberzeugungstreue der Kollegen ist in allen Teilen als gut zu bezeichnen. Die Folge davon ist nun, daß die Zelle der Freizugangenen so weit herabgefunden ist, daß sie heute so ziemlich als Null zu betrachten ist. Infolge der Vorurteile, die sich besonders in letzter Zeit in den Reihen der Genossen zugetragen haben, hat sich bei den hiesigen Kollegen nun ebenfalls die Ueberzeugung herausgebildet, daß ihr Platz nicht in der freien Organisation ist. Hamm ist deshalb aus der Gegenstand fortwährender Bejournis, das feste Schmerzensband verchiedener hervorragender auswärtiger Genossen des roten Dachbiederverbandes, konnten wir es doch erleben, daß im letzten Frühjahr der Vorsitzende der Zelle, der Ortsummarschafter des freien Dachbiederverbandes eigens zu dem Zwecke in Hamm Arbeit annahm, um, wie man sagte die Sache wieder in Schwung zu bringen. Doch nicht lange, und derselbe mußte enttäuscht wieder abgehen. Jetzt marschieren zwei andere Genossen auf, die in ihrer Agitationsweise gewiß den Gipfel der Gemeinheit und Uebertracht erkennen und weit über den Kreis der Kollegen hinaus von sich reden machten, so daß heute der Name Stödel und Beantl in aller Munde ist. Ihre christlichen Pumpen, wenn ihr euch nicht bald umschreiben laßt, schlagen wir euch die Knochen entzwei.“ Mit diesen und andern Ausdrücken, die hier gar nicht wiederzugeben sind, wurden unsere Kollegen fortwährend traktiert, doch der Erfolg war durchaus negativ. Als man nun sah, daß dieses nicht half, ging man dazu über, unsere Kollegen brokos zu machen, welches auch in einem



